

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Michael Leutert, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/752, 16/1369, 16/1525 –**

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (Haushaltsbegleitgesetz 2006 – HBeglG 2006)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zentrales Element des Regierungsentwurfs für ein Haushaltsbegleitgesetz 2006 ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Diese Erhöhung ist in jeder Hinsicht kontraproduktiv. Sie belastet vor allem Familien und sozial Benachteiligte und würgt die Konjunktur ab. Das ist nicht vertretbar. Statt einer Mehrwertsteuererhöhung fordert die Linkspartei ein faires Steuersystem, das starke Schultern stärker belastet und schwache Schultern steuerlich entlastet. Dazu gehört insbesondere das Schließen von Steuerschlupflöchern, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und das Anheben der Erbschaftssteuer auf international übliches Niveau.

Der Entwurf für ein Haushaltsbegleitgesetz 2006 sieht vor, dass der Bund künftig keinen Zuschuss mehr an die Bundesagentur für Arbeit leistet. Defizite sollen nicht mehr ausgeglichen, sondern nur durch Darlehen bedient werden. In ihrer bisherigen Form wirkt die Arbeitslosenversicherung als automatischer Konjunkturstabilisator. Diese Funktion ist durch die geplante Abschaffung der Bundeszuschüsse gefährdet. In Zukunft drohen im Konjunkturabschwung Leistungskürzungen, die den Abschwung verstärken.

Die pauschalen Zuweisungen des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung sollen 2007 von 4,2 Mrd. Euro auf 1,5 Mrd. Euro abgesenkt und danach völlig auslaufen. Dies verletzt den Grundsatz der Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen der Sozialversicherungen.

Die vorgesehene Kürzung der Regionalisierungsmittel führt dazu, dass der mit diesen Mitteln finanzierte Schienenpersonennahverkehr eingeschränkt werden muss. Dies ist verkehrs- und umweltpolitisch unverantwortlich. Belastet werden vor allem Menschen, die sich kein Auto leisten können oder wollen.

Die vorgesehene Änderung des Bundessonderzahlungsgesetzes und die Kürzung beziehungsweise Abschaffung der Bankzulage bei der Bundesbank sieht keine soziale Staffelung vor. Der Einkommensrückgang trifft untere Besoldungsgruppen besonders hart.

Berlin, den 17. Mai 2006

Dr. Gesine Löttsch

Dr. Dietmar Bartsch

Roland Claus

Michael Leutert

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion